

## ÜBERSICHT

### AUSSENPOLITIK

#### BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

##### **(1) Das deutsch-chinesische Verhältnis im Berichtszeitraum**

Nachdem im Januar hauptsächlich die deutsche Wirtschaft für China-Kontakte gesorgt hatte (AEG-Telefunken-Ausstellung in Beijing, XNA, 8.1.81 und Unterzeichnung eines Verhandlungsprotokolls über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen der Chinesischen Akademie der Wissenschaften und der Bayer AG, XNA, 22.1.81), bestimmte im Februar wieder die Politik die Schlagzeilen: "Westdeutsche Politiker wenden sich gegen eine weitere sowjetische Aufrüstung in Europa" (XNA, 21.2.81); "USA und Westdeutschland sind über die wachsende sowjetische Nuklearmacht besorgt" (XNA, 22.2.81); "Westdeutscher Außenminister appelliert an die Sowjetunion, sich für Abrüstung und politische Stabilität in der Welt einzusetzen" (XNA, 24.2.81); "Westdeutscher Vizekanzler (Genscher) betont Notwendigkeit des Abzugs der sowjetischen Truppen aus Afghanistan" (XNA, 18.2.81); "Westdeutsche führende Politiker verurteilen sowjetische Aufrüstung in Europa" (XNA, 21.2.81). In einem Bericht aus Brüssel zitiert ein Xinhua-Korrespondent (XNA, 24.2.81) Angaben von Verteidigungsminister Apel, denen zufolge die europäischen Verbündeten etwa 91% der Bodentruppen des NATO-Bündnisses stellten sowie 75% der Luftstreitkräfte und der Panzer in Europa. Mehr als 90% der gepanzerten und mechanisierten Divisionen kämen aus europäischen Ländern. Die europäischen NATO-Staaten unterhielten in Friedenszeiten etwa drei Millionen Soldaten. Diese Zahl könne durch Mobilisierung der Reserven verdoppelt werden.

Im November 1980 hatte eine Delegation der "Beijing Rundschau" auf Einladung des "Spiegel" die Bundesrepublik besucht und brachte darüber nun einen ausführlichen Bericht (BRu 1981, Nr.7, S.14-19 und "Der Spiegel" 1981, Nr.8, S.154-160: beide Texte sind deckungsgleich). Methodisch ist der Beitrag so aufgebaut, daß zuerst die Beobachtungen in der Bundesrepublik beschrieben und sodann jeweils eine chinesische Parallele versucht wird. Acht Bundesländer sowie West-Berlin standen auf dem Programm der dreiwöchigen Reise. Besonders beeindruckt zeigten sich die Besucher von einem Winzerhof in Rheinland-Pfalz, der nicht nur Wein zieht, sondern ihn auch gleich aufbereitet. Hier sei die Landwirtschaft mit der Industrie verbunden worden. Eine solche Integration werde z.Zt. auch in China versucht. Imponiert hat den Besuchern auch die technische Organisation der Airbus-Industrie bei MBB in Hamburg, die praxisbezogene Erzeugung von Schädlingsbekämpfungsmitteln bei der Bayer AG in Leverkusen und das Ausbildungssystem des deutschen Handwerks vom Lehrling über den Gesellen bis zum Meister.

Auch deutsche Sorgen wurden genau registriert, so die Angst vor der Konkurrenz der japanischen Autos, die volkswirtschaftliche "Verschwendung" im Hochschulbereich. Viele Studenten gingen davon aus, daß "das Weiterstudium (mit staatlichen Stipendien) einfach Spaß mache". Ferner gebe es Pro-

bleme mit Drogen - in China nun schon seit langem ein Fremdwort.

Während das chinesische Volk "im großen und ganzen ein gemeinsames Ziel, eine gemeinsame Moralauffassung und ausgeprägten Patriotismus besitzen und zwischen den Menschen gleiche und kameradschaftliche Beziehungen" bestünden, sei dies in der Bundesrepublik offensichtlich anders. "Bei einer Diskussion... mit westdeutschen Jugendlichen über Ideale und gemeinsame Ziele sagte ein junger Mann: 'Was interessieren mich gemeinsame Ziele?... Es genügt, mein eigenes Ziel zu haben.' Diese Meinung hat uns schon erstaunt."

-we-

#### WESTEUROPA

##### **(2) Abberufung der Botschafter: Neuer Höhepunkt im chinesisch- niederländischen Streit um den Verkauf holländischer U-Boote an Taiwan**

Bereits im Januar-Heft (U 2) war erwähnt worden, daß die 2.Kammer des niederländischen Parlaments am 3.Februar die Ablehnung der Verkaufsgenehmigung für zwei U-Boote an Taiwan beschlossen hatte.

Die Regierung in Den Haag ließ sich durch diesen Beschluß jedoch nicht dazu veranlassen, ihre bereits erteilte Genehmigung zurückzunehmen, und teilte dies dem Parlament offiziell am 20.Februar mit. Ministerpräsident van Agt erklärte hierzu, es handle sich bei dem U-Boot-Verkauf lediglich um eine "kommerzielle Angelegenheit" eines Privatunternehmens. Mit diesem Verkauf werde keineswegs die taiwanische Regierung oder eine Zwei-China-Politik anerkannt.

Beijing geht demgegenüber davon aus, daß der Verkauf von U-Booten an eine chinesische Provinz - wie es Taiwan ja nun einmal sei - eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas bedeute. Was würde die niederländische Regierung wohl sagen, wenn China U-Boote an irgendein Gebiet der Niederlande zwecks Bekämpfung eben dieser Regierung verkaufte? (XNA, 22.2.81)

Die chinesische Presse ließ nichts unversucht, um die Regierung in Den Haag doch noch umzustimmen: Sie verwies auf den Protest zahlreicher Parlamentarier (ebenda), druckte u.a. vier Protestbriefe holländischer Bürger gegen das U-Boot-Geschäft ab (RMRB, 25.2.81 und XNA, 22.2.81) und bezeichnete den Ausverkauf der traditionellen niederländisch-chinesischen Freundschaft zugunsten eines windigen Millionengeschäfts als "kurzsichtig".

Schon am 16. Januar hatte Peking Den Haag aufgefordert, eine Herabstufung der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern vorzunehmen, falls die niederländische Regierung sich die Sache nicht doch noch einmal anders überlegen wolle. Am 27. Februar zogen die Chinesen dann mit Schreiben des Außenministeriums an die Botschaft der Niederlande die entscheidende Konsequenz, indem sie ihren Botschafter aus Den Haag abberiefen und die niederländische Regierung aufforderten, auch ihren Vertreter zurückzuholen (XNA, 27.2.81).

-we-

### (3) Aufnahme offizieller Parteibeziehungen mit der nichtkommunistischen Sozialistischen Partei Frankreichs

Vom 9.-16. Februar kam der Parteichef der Sozialistischen Partei Frankreichs, François Mitterrand, auf Einladung des Generalsekretärs des ZK der KPCh, Hu Yaobang, nach China. Mitterrand hatte die VRCh bereits 1961 besucht und war damals mit Mao Zedong zusammengetroffen.

Mitterrand kam mit den Führern der Partei, u.a. Hu Yaobang, Li Xiannian und Deng Xiaoping zusammen und fand in der Frage der internationalen Beziehungen, vor allem des Sowjethegemonismus, eine fast fugenlose Übereinstimmung, wobei er die Bedrohung Europas durch die sowjetischen Streitkräfte hervorhob und den Truppenrückzug aus Afghanistan und Kambodscha forderte.

Hauptergebnis des Besuchs war die Aufnahme offizieller Parteibeziehungen zwischen der KPCh und der - nichtkommunistischen! - SPF.

Nachdem die KPCh in den letzten Jahren die Parteibeziehungen mit Jugoslawien und auch den Eurokommunisten (KPI und KP Spaniens) hergestellt hat, erweist sich der neuerliche Schritt als eine interessante Erweiterung der KP- Außenpolitik, die neben der offiziellen Staatsdiplomatie und der Volksdiplomatie eine dritte Ebene der chinesischen Außenpolitik bildet. Die Ausweitung der Parteibeziehungen mag den Chinesen vor allem aus zwei Gründen ratsam erschienen sein: Zum einen geht es um eine Erweiterung der antisowjetischen Einheitsfront auch im sozialdemokratischen Lager, zum anderen darf nicht vergessen werden, daß Mitterrand nicht nur französischer Sozialistenführer, sondern zugleich auch Vizepräsident der Sozialistischen Internationale ist.

Kann daraus der Schluß gezogen werden, daß die SPD, deren Vorsitzender sogar Präsident der Sozialistischen Internationale ist, nun ebenfalls auf Parteibeziehungen mit der KPCh hoffen darf? Die Chinesen hätten gegen einen solchen Schritt sicherlich nichts einzuwenden, wenn die SPD ihren Entspannungskurs gegenüber der Sowjetunion aufgab und sich zu ebenso "antihegemonistischen" Äußerungen bereit fände wie Mitterrand (dazu im einzelnen XNA, 15. und 17.2.81).

Bei einer Pressekonferenz mit französischen Journalisten am 12. Februar antwortete Deng Xiaoping auf die Frage, warum die KPCh nicht mit der KPF Marchais', sondern mit der SPF Mitterrands offizielle Beziehungen aufnehme, folgendermaßen: "Wir möchten mit allen politischen Kräften Frankreichs in Kontakt treten, aber die KPF und die KPCh haben im Augenblick wohl zu vielen Problemen keine gemeinsamen Ansichten" (XNA, 13.2.81). Angespielt ist hier vor allem auf die Haltung Marchais' in der Afghanistan-Frage.

Die KPCh unterhält nicht nur Beziehungen mit der SPF, sondern auch mit der KPF (ML), die Anfang Februar ihren IV. Parteikongreß abhielt und dabei ein neues Programm und eine

neue Parteisatzung verabschiedete (XNA, 6.2.81).

Nicht nur in der Innenpolitik, sondern auch in der Partei-Außenpolitik zeigt die KPCh also eine zunehmend pragmatische Haltung. Offensichtlich geht sie davon aus, daß es viele große und neue Probleme zu bewältigen gibt, von denen Marx, Engels und Lenin noch keine Ahnung haben konnten und an die man deshalb nicht mit alten Rezepten herangehen kann. Lenin konnte z.B. nicht voraussehen, daß es zwischen der KPCh und der von ihm gegründeten KPdSU eines Tages zu antagonistischen Widersprüchen kommen könnte, mit denen eine Partei wie die KPCh irgendwie fertig werden muß.

-we-

### (4) Papstbesuch in China?

Nach einer Meldung von Radio Manila (20.2.81) hat der Staatssekretär des Vatikans, Kardinal Agostino Casarosi, geäußert, daß der Papst auch auf einen Besuch der VR China hoffe. Diese Hoffnung sei mit dem Wunsch des Papstes nach einer Wiederannäherung zwischen China und dem Vatikan verbunden. Die Beziehungen zu Taiwan sind in diesem Zusammenhang - so Casarosi - "kein unüberwindliches Hindernis".

Bemerkenswert erscheint die Reaktion des sog. katholischen Bischofs von Beijing, Michael Fu. Fu meinte, daß die andauernden Beziehungen des Vatikans zu Taiwan "das chinesische Volk schmerzen". Fu ist seit 1979 Bischof. Er hat seither 30 andere Bischöfe ohne Zustimmung des Vatikans eingesetzt (SWB, 21.2.81).

-ma-

## SOWJETUNION UND OSTEUROPA

### (5) Haben die Sowjets den Wakhan-Korridor besetzt?

China warf Anfang Februar der Sowjetunion die Annexion des strategisch wichtigen Wakhan-Korridors vor, der nördlich an die Sowjetunion, südlich an Pakistan und westlich an die VR China anschließt.

Die Sowjetunion habe in einigen Gegenden des Wakhan-Pfannenstiels Abschußbasen für Boden-Boden-Raketen sowie Bunker und Kasernen errichtet. Ferner habe sie eine in nordsüdlicher Richtung verlaufende Straße an der pakistanischen Grenze verbreitert. Auch andere Verbindungswege in dieser Region sind von den sowjetischen Invasoren verbessert worden. Die Pässe, die nach China und Pakistan führen, werden angeblich von den Besatzungstruppen kontrolliert, Teile sind vermint und mit Kontrollposten versehen worden. Dies alles weist nach chinesischer Auffassung darauf hin, daß die Sowjets dieses Gebiet ihrer permanenten Kontrolle unterwerfen wollen (BRu 1981, Nr.7, S.9, 27).

Der Wakhan-Korridor ist ein schmaler Streifen im Nordosten Afghanistans, der rund 4.500 m über dem Meeresspiegel liegt. Seit alters her ist er eine wichtige Ost-West-Passage. Das Wakhan-Gebiet erregte bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jhdts. die Aufmerksamkeit der Welt, als Großbritannien, das damals Indien beherrschte, Afghanistan zu einer "Pufferzone" gegen das Vordringen des zaristischen Rußland nach Indien machen wollte. Durch gegenseitige Übereinkunft erkannten Rußland und Großbritannien i.J. 1873 die Provinz Badaschan und das Wakhan-Gebiet als zu Afghanistan gehörig an. Schon 1889 allerdings begann das zaristische Rußland

verabredungswidrig in dieses Gebiet einzudringen. 1891 entsandte Petersburg eine "Expeditionstruppe" dorthin, um das Gebiet zu annektieren. Die Briten konnten sich jedoch erfolgreich diesem Vordringen entgegenstemmen. Zwischen 1895 und 1896 wurde von Großbritannien, Rußland und Afghanistan ein gemeinsamer Ausschuß zur Festlegung der nördlichen Grenze des Wakhan-Gebietes mit Rußland errichtet. Diese Grenze wurde dann international anerkannt und in dem i.J. 1946 unterzeichneten Vertrag zwischen der Sowjetunion und Afghanistan bestätigt.

In der Zwischenzeit habe die Sowjetunion unter Mißachtung dieser alten Abmachung mit rund 4.000 Mann die strategisch wichtigen Punkte im Pfannenstiel besetzt und rund 1.200 Afghanen aus der Gegend vertrieben, die heute in der Gilgit-Region im pakistanischen Kaschmir Zuflucht gefunden haben.

Sollte es tatsächlich zutreffen, daß die Sowjets den Korridor besetzt haben, so wäre damit die sowjetische Grenze direkt an das kritische pakistanische Nordwestgebiet herangerückt. Außerdem wird ein Türspalt nach Westchina hin geöffnet (Karte!).



Pakistan ist bereit, an der Grenze zu Afghanistan UNO-Beobachter oder ein Kontingent der islamischen oder blockfreien Staaten zuzulassen. Die Beobachter sollten die Grenze überwachen und offensichtlich nicht nur sowjetische Bewegungen in diesem Raum erfassen, sondern auch den Verdacht abwenden, daß Pakistan den Aufständischen in Afghanistan unmittelbar Hilfe leistet.

-we-

## (6) Grenzwischenfälle mit der Sowjetunion?

Der Sekretär des Zentralkomitees der kasachischen KP, Nasar-bajew, wies am 25. Februar im Zusammenhang mit dem Parteitag der KPdSU auf die 1.500 km lange Grenze seiner Republik zur chinesischen Autonomen Region Xinjiang hin und verurteilte dabei zahlreiche "Grenzwischenfälle" in jüngerer Zeit. Der Zustrom chinesischer Flüchtlinge halte an. Einzelheiten zu beiden Behauptungen wurden nicht bekannt (zit. in SZ, 26.2.81).

-we-

## (7) Titos Werke publiziert

Titos wichtigste Berichte, Reden und Artikel aus der Zeit von 1926 bis 1980 sollen in China in insgesamt vier Bänden auf chinesisch herausgegeben werden. Der I. Band, der die Reihe eigentlich erst abschließen sollte (er umfaßt die Periode 1974 bis 1980), wurde am 13. Februar bei einem Empfang in Beijing vorgestellt.

Von der Herausgabe dieser Werke versprechen sich die Chinesen eine Popularisierung des jugoslawischen Modells, das vor

allen den Betrieben vor Augen gehalten werden soll (XNA, 10. und 14.2.81).

-we-

## LATEINAMERIKA

### (8) Applaus für Regionalisierungsbemühungen in Lateinamerika

Bei allen Problemen, denen sich die lateinamerikanischen, vor allem die sechs mittelamerikanischen Staaten Costa Rica, El Salvador, Panama, Nicaragua, Honduras und Guatemala, gegenübersehen, erblickt Beijing für das Jahr 1980 doch Fortschritte in Richtung auf eine Integrationsbewegung: Elf lateinamerikanische Länder unterzeichneten im August 1980 den "Vertrag von Montevideo" und gründeten offiziell die "Integrationsgesellschaft Lateinamerikas" (ALADI), mit der die bereits 1960 gegründete "Lateinamerikanische Freihandelsorganisation" (LAFTA), die älteste Organisation wirtschaftlicher Zusammenarbeit in diesem Raum, durch eine leistungsfähigere Institution ersetzt wurde. Die Gründung der ALADI soll am Ende zur Errichtung eines Gemeinsamen Marktes in Lateinamerika führen. Darüber hinaus hielten andere zwischenstaatliche Organisationen, wie die "Organisation des Anden-Paktes", der "Amazonas-Kooperationspakt" und die "Karibische Gemeinschaft" verschiedene Konferenzen ab, auf denen sie Fortschritte bei der Koordination politischer und wirtschaftlicher Aktionen ihrer Mitgliedstaaten und bei der Beschleunigung des Integrationsprozesses in ganz Lateinamerika erzielten (BRu 1981, Nr.3, S.14).

Beijing plädiert außerdem dafür, daß zwischenstaatliche Konflikte, die in Lateinamerika zumeist mit Grenzfragen zu tun haben, friedlich gelöst werden. U.a. forderte Beijing die beiden kriegführenden Staaten Peru und Ecuador auf, ihren bewaffneten Grenzkonflikt zu beenden, da er die Einheit untergrabe und am Ende raumfremden Mächten die Möglichkeit zur Einmischung gebe (XNA, 3.2.81).

Anlaß zur Sorge über Einmischungen der USA, neuerdings aber vor allem der Sowjetunion, gebe es in Hülle und Fülle. Im August 1979 bereits entbrannte zwischen den beiden Supermächten ein Streit um die Präsenz einer sowjetischen Kampfbrigade in Kuba. 1962 ("Raketekrise" um Kuba) und beim Cienfuegos-Zwischenfall im September 1970 hätten sich die Sowjets jeweils noch zurückgezogen, sobald die Amerikaner ihre militärische Stärke demonstrierten. 1979 dagegen hätten sie sich nicht mehr beeindrucken lassen. Dies sei ein deutliches Kriterium für die Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Karibik. Vor allem der Helfershelfer Moskaus, Kuba, habe bei zahlreichen Zwischenfällen in den Jahren 1979 und 1980 im karibischen Raum die Finger mit im Spiel gehabt. Nicht zu Unrecht werde die Karibik von den USA bereits heute als "vierter Unruheherd in der Welt" betrachtet (BRu 1980, Nr.5, S.14 f.).

China setzt seine Hoffnung vor allem auf zwei Bewegungen, nämlich einerseits das oben bereits erwähnte Zusammenrücken der Staaten, andererseits aber - an der innenpolitischen Front - auf das Anwachsen der Nationaldemokratischen Bewegung. Der Sturz Somozas in Nicaragua wurde von China als Modellfall für die Siege einer solchen Bewegung angesehen. Freilich mußte Beijing dann auch mitansehen, wie der kubanische Einfluß in Nicaragua immer stärker wurde.

Nun hofft China auf einen Sieg der Nationaldemokratischen Bewegungen in El Salvador, Guatemala und Honduras, wo es

jeweils um politische und wirtschaftliche Rechte gehe, die gegen "diktatorische Herrschaften" durchgesetzt werden müßten. Um diese Revolution einzudämmen, kollaborierten die Kräfte der Großgrundbesitzer und die Ultrarechten der Armee miteinander, unterdrückten die demokratischen Kräfte und übten Druck auf die Regierung aus. 1980 registrierte z.B. El Salvador zwei gescheiterte Staatsstreichs und drei Kabinettskrisen. Es gehe hier um ein heftiges Kräftemessen zwischen Demokratie und Diktatur, zwischen Reform und Gegenreform. In Guatemala und Honduras kam es ebenfalls zu Auseinandersetzungen zwischen Regierungstruppen und Guerilleros.

Nationaldemokratische Siege gab es in Jamaica, wo 1980 die Labourpartei bei den allgemeinen Wahlen die prokubanischen Kräfte besiegte. Barbados stellte sich ausländischen Kräften entgegen. Der Kampf des Volkes von Haiti gegen die "Diktatur des Duvalier-Clans" habe einen neuen Aufschwung genommen.

In einigen Staaten mußten die Militärjuntas unter dem Druck dieser Bewegungen Demokratisierungsprozesse einleiten, die jedoch immer wieder von Rückschlägen begleitet sind. Durch allgemeine Wahlen im Mai 1980 wurde z.B. in Peru die zwölfjährige Militärherrschaft beendet.

Je stärker solche nationaldemokratischen Bewegungen sind, umso größer ist auch ihr Widerstand gegen sowjetisch-kubanische Einflüsse (BRu 1981, Nr.3, S.14; Übersicht über die Konflikte in Zentralamerika: XNA, 27.12.80).

China geht davon aus, daß die einzelnen Staaten ihre Probleme selbst - und frei von jeder Einmischung von seiten der Großmächte - lösen müßten. Diese Vorstellungen im Hinblick auf El Salvador gab Außenminister Huang Hua beim Empfang seines venezolanischen Kollegen Ende Februar in Beijing bekannt (XNA, 28.2.81). Schon vorher hatte Beijing angedeutet, daß fremde "Söldner" - und zwar Kubaner - mehrere Male versucht hätten, in El Salvador einzugreifen (XNA, 23.1.81). Beifällig wird die Anschuldigung des amerikanischen Außenministers Haig gegen die "Einmischung außenstehender Kräfte in die inneren Angelegenheiten El Salvadors" zitiert (XNA, 28.2.81). Bezeichnend sind auch weitere Meldungen mit dem Titel "US-Dokumentation enthüllt sowjetisch-kubanische Einmischung in El Salvador" (XNA, 25.2.81), "Die USA warnen vor Verschiffung von Waffen nach El Salvador" (XNA, 21.2.81) und "US-Präsident Reagan klagt Moskau der Einmischung in El Salvador an" (XNA, 25.2.81). Es ist bezeichnend, daß die USA in diesem Zusammenhang nicht von Beijing beschuldigt werden, während umgekehrt Hanoi gerade auf die Einmischungspolitik der USA verweist (Radio Hanoi in SWB, 26.2.81).

-we-

## AFRIKA UND NAHOST

### (9) China und der Iran

Nachdem Hua Guofeng im September 1978 den Iran besucht und dabei mit dem damals noch als Staatsoberhaupt amtierenden Schah gesprochen hatte, war es im Gefolge des Umsturzes zwischen Beijing und Teheran praktisch zu einem diplomatischen Stillstand gekommen. Nach einer AFP-Meldung soll allerdings Anfang Februar ein Sonderbotschafter der iranischen Regierung, und zwar Ayatollah Mohamed Khamenein, Gespräche mit der chinesischen Führung in Beijing geführt haben. Damit wären zum ersten Mal seit dem Sturz des Schahs wieder Kontakte zustande gekommen.

China ist einer der entschiedensten Befürworter einer Ver-

handlungslösung im Krieg zwischen Iran und Irak. Dieser Krieg wirke sich ungünstig auf den vereinten Kampf der islamischen Länder gegen die Supermächte, auf die Auseinandersetzungen um die "israelische Aggression" und auf den Kampf um die Lösung des Palästina-Problems aus. Der Konflikt gebe den Supermächten vor allem die Möglichkeit, sich in die inneren Angelegenheiten nicht nur des Iran und des Irak, sondern überhaupt vieler anderer mittelöstlicher Länder einzumischen. Zwischen dem Iran und dem Irak gibt es eine 1.000 km lange Grenze, die am 6. März 1975 in Algier durch ein Abkommen festgelegt worden war. Zwistigkeiten religiöser und ethnischer Natur führten jedoch seit April 1980 zu Zusammenstößen an der Grenze. Am 17. September kündigte der Irak das Grenzabkommen von 1975 auf; gleichzeitig erklärte der Iran, er werde keine Handelsschiffe mehr zu irakischen Häfen passieren lassen. Die daraufhin einsetzenden Kampfhandlungen führten zu hohen Verlusten. Die meisten Mittelost-Länder sahen hilflos zu, wie sich zwei Staaten bekämpften, die nicht nur der eigenen Region zugehören, sondern sich beide zum Islam bekennen und obendrein der Blockfreien-Bewegung angehören. Voller Sympathie verfolgte Beijing u.a. die Vermittlungsbemühungen der Islamischen Konferenz, die ihrerseits den pakistanischen Präsidenten Zia Ul Haq sowie den Generalsekretär der Konferenz, Habib Chatti, mit Vermittlungsversuchen beauftragte (Kommentare in XNA, 13., 24. und 26.10.80). Mit Applaus bedachte China auch die Vermittlungsbemühungen der PLO.

Aus chinesischer Sicht war 1980 das unruhigste Jahr im Mittleren Osten seit dem Zweiten Weltkrieg. Besonders stark war der Iran in diese Unruhen verwickelt, der nicht nur durch die Geiselnahme vom November 1979, sondern auch als Kriegsteilnehmer des Golf-Konflikts, nicht zuletzt aber wegen der aus chinesischer Sicht offensichtlich irrationalen und unberechenbar geführten Politik zum Konflikt beigetragen hatte. Die Sowjetunion hatte bereits die Revolution im Iran dazu ausgenutzt, um in Afghanistan einzumarschieren. Die Sowjetunion lud ferner den syrischen Präsidenten Assad nach Moskau ein und unterzeichnete dort mit ihm einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit, der auch militärische Klauseln einschließt. Dadurch profitierte sie von dem syrisch-irakischen Konflikt. Den USA waren während der ganzen Zeit die Hände gebunden, da sie nach dem Sturz des Schah-Regimes ihre wichtigste Basis im Mittleren Osten verloren hatten.

Jeder Schritt, der in dieser problematischen Situation zur Entspannung führt, findet chinesischen Beifall. Die Volkszeitung beispielsweise schrieb einen begeisterten Leitartikel anlässlich der Freilassung der US-Geiseln (RMRB, 21.1.81). Der Ausgang habe wieder einmal bewiesen, daß Streitigkeiten und Konflikte zwischen Ländern, wie kompliziert sie auch immer seien, vernünftig gelöst werden könnten.

Am 9. Februar gratulierte China den Iranern feierlich zum 2. Jahrestag der Gründung der Islamischen Republik Iran (Radio Beijing in SWB, 12.2.81).

-we-

### (10) Rückblick auf drei Jahre Regierung Begin

In einer kritischen Auseinandersetzung mit der israelischen Innen- und Außenpolitik seit der Machtübernahme Begins im Juni 1977 zeichnet ein Analytiker (BRu 1981, Nr.6, S.11, 14) ein düsteres Bild von der Lage in Israel.

Tel Aviv habe eine systematische Expansionspolitik versucht: Unter Verletzung des Abkommens von Camp David, in dem die Autonomie Palästinas für diskutabel erklärt wurde, intensi-

vierte Israel die Annexion besetzter palästinensischer Territorien im Wege seiner Siedlungspolitik. Im Juli 1980 wurde Jerusalem zur "ewigen und unteilbaren" Hauptstadt Israels erklärt. Israel versuche ferner die Einverleibung der Golan-Höhen, falle immer wieder im Südlibanon ein, vertrieb palästinensische Bürgermeister und habe außerdem aus dem Krieg zwischen Irak und Iran Nutzen gezogen.

Diese Expansionspolitik belaste den Staatshaushalt: Rund ein Drittel des Staatsetats fließe in militärische Ausgaben, ein weiteres Drittel in die Schuldentilgung. Die Inflationsrate sei von 35% i.J. 1975 auf 135% i.J. 1980 gestiegen. Es komme zu Arbeitsentlassungen, Streiks, Bauerndemonstrationen, zu Widerständen gegen die Einziehung zum Wehrdienst und - innerhalb der Regierung - zu permanenten Auseinandersetzungen: Insgesamt sieben Minister verließen das Begin-Kabinett, darunter Außenminister Moshe Dayan und Verteidigungsminister Weizman - die beiden letzteren vor allem wegen der Palästina-Frage, die nach chinesischer Auffassung der Kern des ganzen Nahost-Problems ist.

In diesem Zusammenhang bemerkt Beijing mit Genugtuung, daß auch die EG-Länder auf ihrer letzten Gipfelkonferenz i.J. 1980 die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes, einschließlich des Selbstbestimmungsrechts, anerkannt und darüber hinaus gefordert haben, daß die PLO in die Verhandlungen über eine allseitige und friedliche Lösung der Mittelost-Frage einbezogen werden solle.

Israel müsse sich aus den von ihm besetzten Territorien zu einem festen Termin zurückziehen, das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung anerkennen und diesem auch die Gründung eines eigenen Staates gestatten.

-we-

## ASIEN

### (11) Die Ziele der sowjetischen Asien-Politik aus chinesischer Sicht

Moskau verfolgt in Asien ein vierfaches Ziel:

1. Schaffung einer "Expansionsroute" von Sibirien nach Asien und zum Pazifik, Vertreibung der USA aus dem Westpazifik und organische Verbindung dieser Westpazifik-Politik mit den Plänen im Indik, im Roten Meer und im Nordatlantik.

2. Einkreisung Chinas mit militärischen und politischen Mitteln: Moskau sät Uneinigkeit zwischen China, den USA und Japan sowie zwischen China und Südostasien, um China zu isolieren.

3. Unterwerfung Japans mit militärischen, politischen und wirtschaftlichen Mitteln: U.a. will die Sowjetunion Japan von sowjetischen Rohstoffen abhängig machen und das Land neutralisieren.

4. Ausdehnung der Kontrolle über die südostasiatischen Länder. Vietnam gilt hierbei als Sprungbrett und der Aufbau der pazifischen Flotte als weiteres Hilfsmittel (Radio Beijing in SWB, 20.2.81).

-we-

## INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

### (12) Genugtuung Beijings über die Blockfreien-Konferenz in Delhi

Nach chinesischer Auffassung versuchte Moskau die Blockfreien-Konferenz, die am 14. Februar zu Ende ging, vor allem in dreifacher Hinsicht zu beeinflussen: Erstens sollten die Blockfreien von ihrer "Äquidistanz"-Politik gegenüber beiden Militärblöcken abrücken, zweitens wollte die Sowjetunion die Bewegung in zwei Gruppen aufspalten, nämlich die "fortgeschrittenen" und die "konservativen" Kräfte, wobei Kuba und Vietnam zu den Fortgeschrittenen gehörten. Drittens wollte Moskau die Probleme in Afghanistan und Kambodscha als "lokal" und von der Feindpropaganda aufgebauscht darstellen (XNA, 10.2.81). Doch die Sowjetunion habe in all diesen Punkten eine Abfuhr erhalten.

In erster Linie forderten die Blockfreien den Abzug der ausländischen Truppen aus Afghanistan und Kambodscha. Vietnam und Kuba konnten diesen Beschluß nicht verhindern. Beide hätten sich als "trojanisches Pferd" der UdSSR erwiesen (XNA, 14. und 15.2.81). Nach chinesischer Ansicht ist durch diese Beschlüsse das Ansehen der Blockfreien-Bewegung als einer "unabhängigen, politischen und moralischen Kraft in den internationalen Beziehungen" gefestigt worden. Beijing zitiert beifällig den indonesischen Außenminister, der forderte, daß die Blockfreien-Bewegung nicht durch die Supermächte beeinflußt werden dürfe (XNA, 7.2.81). Die Blockfreien-Bewegung stehe weiterhin zu den Prinzipien der Unabhängigkeit, Souveränität und Nicht-Paktgebundenheit. Sie halte an der "gerechten" Opposition gegenüber Imperialismus, Kolonialismus, Rassismus und allen Arten der Fremdherrschaft und Hegemonie fest und trete für die Verteidigung nationaler Unabhängigkeit, Souveränität und territorialer Integrität ein. Singapur forderte auf der Konferenz, daß dem Demokratischen Kampuchea wieder ein Sitz unter den Blockfreien eingeräumt werde (XNA, 7.2.81).

-we-

## INNENPOLITIK

### (13) Gegen wen richtet sich die Forderung nach "Stabilität und Einheit"?

Die auf der ZK-Arbeitstagung vom Dezember 1980 gefaßten Beschlüsse zur Stabilisierung der politischen Lage bzw. zur Konsolidierung von "Stabilität und Einheit" richten sich gegen Anhänger der maoistischen Linken, gegen die demokratische Opposition und gegen Kriminelle verschiedenster Art (siehe C.a., Januar 1981, 0 13). Während innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas die Anhänger der maoistischen Linken das Hauptkampfziel zu bilden scheinen, so hat außerhalb der Partei der Kampf gegen die demokratische Opposition offenbar Vorrang. Diese Einschätzung läßt sich aus der Lektüre der chinesischen Massenmedien im Januar und Februar 1981 gewinnen. Sie wird bestätigt durch einen Bericht der Hongkonger KPCh-orientierten Zeitschrift Dongxiang vom 16. Februar 1981, in dem die "demokratischen Reformkräfte" als das Hauptangriffsziel der seit Dezember 1980 wieder betonten politisch-ideologischen Arbeit bezeichnet werden (ebenda, S.7). In diesem Zusammenhang gibt der Dongxiang-Artikel u.a. die folgende Passage aus der Rede Deng Xiaopings wieder, die dieser auf der ZK-Arbeitstagung im Dezember 1980 gehalten hatte: